

test.rtde.tech /wirtschaft/269541-krieg-eu-gegen-physikalische-realitaet/

Der Krieg der EU gegen die physikalische Realität: Was Brüssel in Bezug auf Energie nicht begreift

8 Feb. 2026 18:17 Uhr

Europa ist besessen davon, an politischen Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise herumzudoktern, und vernachlässigt dabei die systemischen Kosten des Übergangs zu teureren Energiequellen. Dabei führt die Fixierung auf die Preise noch tiefer in eine Krise, in der die physikalische Realität hartnäckig verleugnet wird.



Quelle: RT

Von Henry Johnston

In der gesamten Europäischen Union schließen Fabriken oder drosseln stillschweigend ihre Produktion. Chemieanlagen, Stahlwerke, Düngemittelhersteller – die energieintensivsten Wirtschaftszweige – verlagern ihre Produktion entweder ins Ausland oder stellen den Betrieb ganz ein.

Dies ist kein vorübergehender Rückschlag. Europa hat die Energiekrise von 2022 noch nicht überwunden und wird dies auch in absehbarer Zeit nicht tun. Am alarmierendsten an dieser Lage ist, dass die europäische Führung nicht begreift, was mit ihr geschieht.

Den politischen Entscheidungsträgern ist der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durchaus bewusst, doch ihr Umgang mit dem Problem beruht auf einem verfehlten Paradigma. Sie wollen die Energiepreise senken, schenken den Kosten auf Systemebene aber kaum Beachtung. Gefangen im festen Glauben an die Macht der Politik, physische Grenzen zu überwinden, verteilen sie die Last des schwindenden Energieüberschusses einfach durch ausgeklügelte politische Tricksereien um.

Was Europa am meisten plagt, ist eine tiefgreifende, zivilisatorische Energieunwissenheit, die wir im

Folgenden näher beleuchten werden.

Eine schleichende Selbstsabotage

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico bezeichnete den EU-Plan, die Importe russischen Gases bis November nächsten Jahres **vollständig einzustellen**, kürzlich als "Energieselbstmord". Es ist bemerkenswert, dass Europa aus den letzten vier Jahren nichts gelernt hat und mit voller Kraft denselben Weg weitergeht. Besonders bezeichnend ist, dass dieser Selbstmord so bereitwillig unter dem irrigen Vorwand begangen wird, einem äußeren Gegner entgegenzutreten. Der Historiker Arnold Toynbee sagte, dass Zivilisationen – mit wenigen Ausnahmen – nicht ausgelöscht werden, sondern Selbstmord begehen.

Doch keine Zivilisation wählt den Weg ins Verderben absichtlich, und Europa ist bis heute weitgehend zufrieden mit seiner Ablehnung russischen Gases und setzt weiterhin seine Hoffnungen auf die Energiewende, obwohl diese vor unseren Augen scheitert.

Es sollte daher nicht überraschen, dass die Phase des größten Optimismus in der Energiewende – die im Green New Deal (2019) gipfelte – genau mit dem Höhepunkt der russischen Gaslieferungen nach Europa (2018–19) zusammenfiel. Deutschlands Fähigkeit, seine Branche für erneuerbare Energien in den letzten zwei Jahrzehnten massiv zu subventionieren, basierte beispielsweise auf dem Energieüberschuss, der durch die Nutzung billigen russischen Gases erzielt wurde. Anders ausgedrückt: Der für den Einstieg in erneuerbare Energien notwendige Wohlstand war direkt von der Versorgung der Industrie mit billiger Energie abhängig.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht zu Medien, Brüssel, 1. Februar 2023. Urheberrechtlich geschützt

Wer einen Hammer von Brüsseler Größe hat, für den ist alles in Reichweite ein Nagel

Der spanische Philosoph José Ortega y Gasset unterschied zwischen "Ideen" und "Überzeugungen".

Ideen liegen näher an der Oberfläche: Wir übernehmen sie, diskutieren sie, wenden sie an und werfen sie nach Bedarf. Überzeugungen hingegen sind tiefer und werden weniger hinterfragt. Sie bewohnen die düsteren, unterirdischen Bereiche unseres Seins. Wir besitzen sie nicht so sehr, als dass wir sie bewohnen, und sie formen stillschweigend den Rahmen, innerhalb dessen all unsere Ideen Gestalt annehmen.

Im Falle Europas ist die wichtigste dieser Überzeugungen ein unerschütterlicher Glaube an die Fähigkeit administrativer Genialität, physische Grenzen zu überwinden. Wenn nur der richtige Politikmix gefunden, die richtigen Subventionen bereitgestellt, die richtige Zusammenarbeit eingegangen und die richtigen Vorschriften erlassen werden, dann lässt sich alles in Ordnung bringen – die physische Realität sei dahingestellt. Europa debattiert über Politik (die Ideen), aber selten über die zugrunde liegenden Annahmen (Überzeugungen).

Eine daraus resultierende Annahme ist, dass die entscheidenden Hebel des Wirtschaftslebens nicht in physikalischen Gegebenheiten oder Systemkosten liegen, sondern ausschließlich im Bereich der Preise. Ein Großteil der modernen Wirtschaftstheorie, praktisch unabhängig von der jeweiligen Schule, entstand in einer Zeit, in der die Energiekomponente der Wirtschaftstätigkeit verborgen blieb – nicht weil sie unbedeutend war, sondern weil die Energiekosten niedrig genug waren, um keine Verzerrungen zu verursachen.

Genau diese Annahmen prägten das europäische Energiedenken der letzten Jahrzehnte. Sie beeinflussten das Denken, das Europa überhaupt erst in die Krise stürzte, und prägten anschließend die Reaktion darauf.

Im Jahr 2022 schnellten die Großhandelspreise auf über 300 Euro pro Megawattstunde (MWh) in die Höhe, etwa das Zehnfache des historischen Durchschnitts. Daraufhin wurde ein riesiger Verwaltungsapparat aufgebaut, nicht um die Energiekosten zu senken, sondern um sie umzuverteilen. Preisobergrenzen wurden für Strom und Gas in Haushalten eingeführt, während regulierte Tarife eingefroren wurden. Regierungen erhoben zudem Sondersteuern auf Energieversorger sowie Öl- und Gasproduzenten. Direkte Subventionen wurden bereitgestellt, um Energieversorger und Lieferanten für die durch diese Preisobergrenzen entstandenen Verluste zu entschädigen.

Dann begann der Wettlauf um verflüssigtes Erdgas (LNG). Schwimmende LNG-Terminals wurden gebaut, ebenso wie neue Pipelineverbindungen. Langfristige LNG-Verträge wurden zu deutlich höheren Kosten abgeschlossen. LNG liefert weniger Nettoenergie als Pipelinegas, und Verflüssigung, Transport und Regasifizierung sind energieintensive Prozesse. Der Umstieg auf LNG hat die EU bereits zig Milliarden Euro gekostet, und die höheren Gaskosten selbst sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Da ein Großteil des Infrastrukturausbaus durch Schulden und öffentliche Garantien finanziert und über Netzentgelte gedeckt wird, wird die Rechnung für diesen Geldsegen über Jahrzehnte hinweg beglichen werden.

Die Notfallmaßnahmen waren natürlich improvisiert und wurden ad hoc umgesetzt, aber sie basierten vollständig auf den oben genannten Annahmen. Vier Jahre später mag die Schockphase vorbei sein – die Großhandelspreise sanken später tatsächlich deutlich –, doch die Krise dauert an, und die Strategie zu ihrer Bewältigung ist im Grunde dieselbe geblieben. Europas Energie ist strukturell teurer geworden, doch anstatt dieses Problem direkt anzugehen, feilen die politischen Entscheidungsträger weiterhin an den Rahmenbedingungen.



Symbolbild: Ein LNG-Tanker liegt vor Anker an einem Terminal Urheberrechtlich geschützt

Deutschland hat beispielsweise vorgeschlagen, seine angeschlagene Industrie durch die Einführung eines subventionierten Industriestrompreises in diesem Jahr direkt zu unterstützen. Auf EU-Ebene setzt sich Deutschland zudem dafür ein, dass Unternehmen mehrere Strompreisstützungsmechanismen kombinieren dürfen, da Subventionen kumulativ wirken müssten. Italien hat ein System eingeführt, das Industriekunden den Zugang zu Strom zu einem Festpreis deutlich unter dem jüngsten nationalen Durchschnitt ermöglicht, im Gegenzug für Verpflichtungen im Bereich erneuerbarer Energien. Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs.

Dieses ausgeklügelte Katz-und-Maus-Spiel senkt die Energiekosten auf Systemebene nicht; es verlagert sie lediglich. Das moderne Finanzsystem und ausufernde Verwaltungsapparate wie die EU sind außerordentlich gut darin, genau das zu tun: die physikalische Realität zu verschleiern, indem sie Kosten zeitlich verschieben und Verluste umverteilen. Preise zeigen uns zwar die finanziellen Energiekosten, aber nicht die Kosten auf Systemebene oder die Opportunitätskosten, die entstehen, wenn mehr wirtschaftliche Ressourcen für die gleiche Menge teurerer Energie aufgewendet werden müssen.

In einem System, in dem Finanzkapital fungibel ist, müssen die wahren Kosten nicht unbedingt in den Öl- oder Gaspreisen selbst zum Ausdruck kommen, sondern können an anderer Stelle sichtbar werden. US-Schiefergas ist ein Paradebeispiel dafür. Die heutigen Bohrlochkosten mögen zwar vergleichsweise niedrig erscheinen, verschleiern aber den enormen Schuldenberg und die notwendige Infrastruktur – ganz zu schweigen von den Verzerrungen durch künstlich niedrige Zinsen.

Diese Streuung ist ein Merkmal des Systems, aber genau das, was politische Entscheidungsträger anstreben. Ihr Ziel ist es, die Kosten der einzelnen Einheit zu senken (niedrigere Großhandelspreise oder niedrigere Endverbraucherpreise) und gleichzeitig die wahren Kosten in der Komplexität zu verbergen, wo sie unmessbar und politisch sicherer werden.

Energiegewinnung erfordert Energie, Geld ist nur ein Nebeneffekt

Wenn Preissignale unvollständig oder verzerrt und monetäre Kosten im gesamten System verteilt sind und manipuliert oder verschleiert werden können, dann haben wir nicht nur keine Ahnung von den

wahren Kosten der Energie, sondern uns fehlt auch die Möglichkeit, sie überhaupt zu begreifen. Selbst wenn wir einen Eurobetrag ermitteln könnten, was würde diese Zahl tatsächlich bedeuten?

Die Alternative besteht darin, Energie nicht in monetären, sondern in energetischen Begriffen zu begreifen. Das klingt zunächst einleuchtend, stellt aber bereits einen bedeutenden Paradigmenwechsel dar. Es verlagert die Diskussion aus dem Bereich der Papierforderungen – Geld und Schulden, die endlos verschoben und aus dem Nichts geschaffen werden können – in den Bereich des Physischen.

Wir alle wissen, dass Energiegewinnung Energie erfordert. Das Bohren einer Ölquelle, die Ölförderung, der Transport, die Raffination und die Lagerung sind allesamt energieintensive Prozesse. Energie wird aufgewendet, um Energie zu gewinnen.

Ein Prozess, der ein Joule Energie verbraucht, um ein weiteres Joule Energie zu gewinnen, erzeugt keinen wirtschaftlichen Überschuss. Doch der Energieverbrauch dieses Prozesses lässt sich nicht immer leicht nachvollziehen. Er kann durch Kredite aus der Zukunft stammen oder über ein komplexes Kostenverteilungssystem verteilt sein. Entscheidend ist, dass keine noch so ausgefeilte Finanztechnik die zugrunde liegende Energiebilanz verändern kann. Entweder wird ein Energieüberschuss erzeugt oder nicht.



Wenn Energie teurer wird, achten wir instinktiv nur auf die Preisunterschiede. Um das wahre Ausmaß des Problems zu erfassen, müssen wir jedoch über die Preise hinausblicken.

Die eigentliche Frage ist, wofür Europa nun mehr aufwenden muss, beispielsweise um LNG aus den USA statt Pipelinegas aus Russland zu beziehen? Die Antwort lautet: Es müssen mehr wirtschaftliche Ressourcen, die sich als Geld tarnen, umgeleitet werden. Gemeint sind hier aber wirtschaftliche, nicht finanzielle Ressourcen (die uns wieder in die Welt der Papierforderungen zurückführen würden). Wir sprechen von realer Produktion – oder der Produktionskapazität. Diese Kapazität wiederum ist letztlich eine Funktion der eingesetzten Energie und wird durch die Menge der verfügbaren Überschussenergie begrenzt. Deutschlands Deindustrialisierung weist unmissverständlich in diese Richtung.

Auf Systemebene bedeutet dies: Wenn die Energiegewinnung einen immer größeren Anteil der Überschussenergie verbraucht, bleibt weniger für alles andere übrig. Die wahren Energiekosten

bemessen sich daher in der Energie selbst. Das relevante Konzept ist ECoE (Energiekosten der Energie), eine Kennzahl, die von Energieanalysten verwendet wird, gerade weil sie etwas Reales erfasst, auch wenn es nicht berechnet werden kann. Teurere Energie bedeutet, dass mehr Energie aufgewendet werden muss, um die gleiche Menge wie zuvor zu erzeugen.

Es gibt jedoch keine einheitliche Bilanz, die besagt: "Mehr Energie wird verbraucht, um Energie zu gewinnen." Man muss bedenken, dass steigende Energiepreise nicht pauschal vom System aufgefangen werden. Statt eines klaren Signals wie "Wir zahlen so viel mehr für Energie" erhält man also die Erkenntnis: "Alles andere funktioniert etwas schlechter." Wer in Europa würde heute bestreiten, dass alles etwas schlechter geworden ist (obwohl es dafür auch viele andere Gründe gibt)?

Wie Europa sich auf Preise fixiert und die Kosten auf Systemebene vernachlässigt

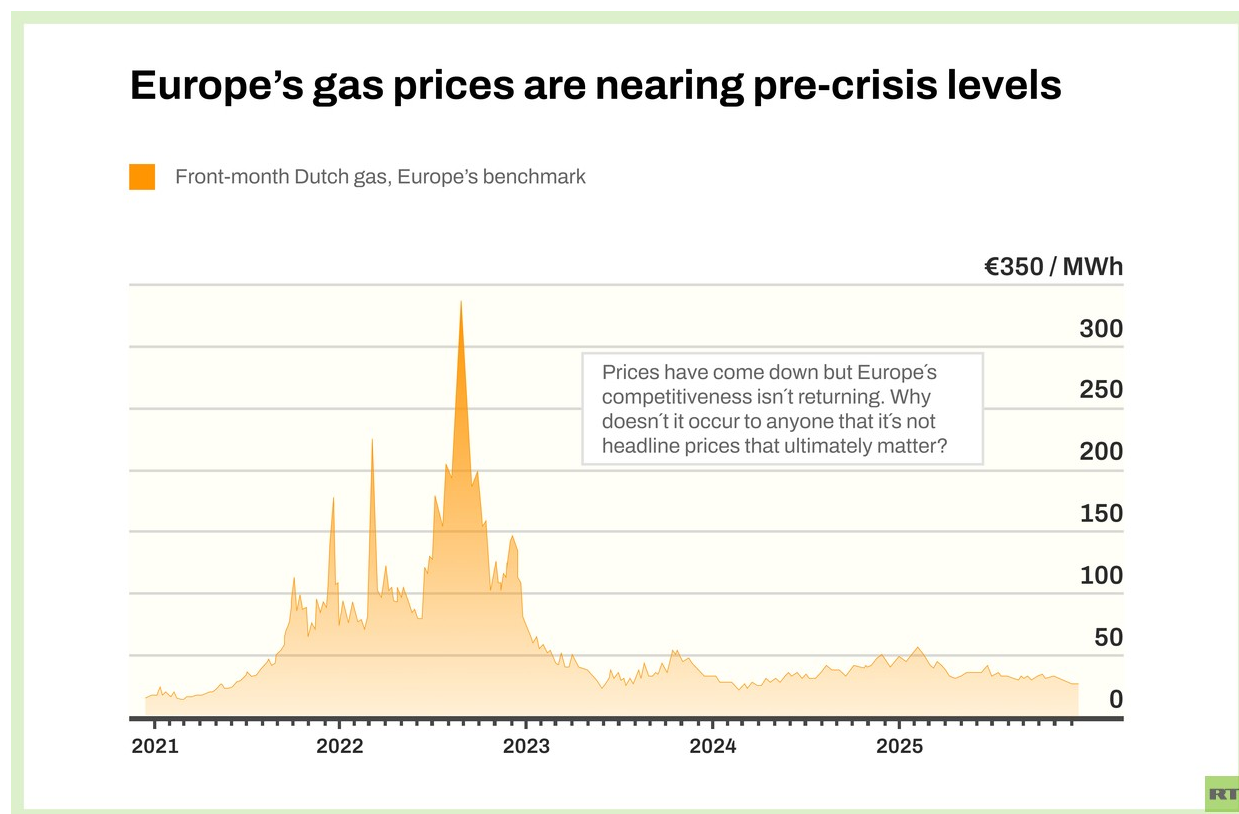
Bloomberg merkte in [einem Artikel](#) vom Dezember 2025 an, dass die Rückkehr billigeren Gases (verglichen mit dem Krisenniveau) die europäische Energiekrise nicht gelöst habe. Das Problem wurde so dargestellt, als seien die Preise fast wieder normal, die Wettbewerbsfähigkeit aber weiterhin rückläufig. Die zentrale Aussage – die Gaspreise in Europa waren auf rund 27 Euro/MWh gefallen – scheint die monetäre Darstellung zu bestätigen. Die Preise haben sich "normalisiert". Aber normalisiert im Verhältnis zu welcher realen Situation?

Der Artikel erwähnt beiläufig eine aufschlussreiche Tatsache: Der europäische Verbrauch liegt rund 20 Prozent unter dem Niveau vor 2022. Dies ist nichts anderes als ein Nachfrageeinbruch, der sich als Stabilität tarnt. Europas zusätzliches Angebot besteht mittlerweile aus LNG, nicht mehr aus Pipelinegas, und LNG ist strukturell energieintensiver. Gleichzeitig wurden die Kosten verstaatlicht, Kapital abgeschrieben und – am bezeichnendsten – die Nachfrage ist eingebrochen.

Anstatt also zur Normalität zurückzukehren, bricht der systemweite Energieüberschuss zusammen, was zu Umstrukturierungen, Verlagerungen oder schlichten Schrumpfungen der Industrie führt. Die Nachfrage sinkt entsprechend. Die Preise fallen dann, weil die energieintensiven Wirtschaftszweige verschwunden sind. Und natürlich ist dies ein klassisches Beispiel dafür, dass das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Die Preise mögen gesunken sein, aber die Industrie kehrt nicht zurück.

Das Währungssystem hat genau das getan, was es am besten kann, aber es konnte das zugrundeliegende Problem dennoch nicht lösen. Giganten wie BASF, Dow und Thyssenkrupp drohen zwar nicht mit einem Rückzug, sind aber bereits ganz oder teilweise verschwunden.

Was *Bloomberg* als Rätsel darstellt (vielleicht sind die Preise nicht ausreichend gesunken oder die politischen Anpassungen haben noch nicht "gewirkt"), ist in Wirklichkeit nur die Folge des sinkenden Energieüberschusses. Der Artikel behandelt Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Kriterium, dabei ist Wettbewerbsfähigkeit selbst lediglich eine Folge des Energieüberschusses. Aus Sicht des Energieüberschusses verliert Europa nicht, weil es die falschen Anreize gewählt oder die Preise nicht feinjustiert hat, sondern weil sein Energiesystem mittlerweile einen größeren Anteil der Wirtschaftsleistung aufwenden muss, um sich selbst zu erhalten.



Um die Annahmen Europas in der Praxis genauer zu betrachten, lohnt sich ein Blick auf einen [Policy Brief](#) des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts Bruegel, der Ende 2024 veröffentlicht wurde. Das Dokument ist zwar trocken und technisch, aber dennoch faszinierend, da es das oben beschriebene fehlerhafte Energieparadigma nahezu perfekt widerspiegelt.

Die Argumentation des Briefs ist einfach: Die extremen Strompreise von 2022 waren eine Ausnahmereignung, und mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Rückgang von Gas im Energiemix sollten die Strompreise in Europa sinken. Im Zentrum der Analyse steht eine simple und selten hinterfragte Prämisse: Sinkende Großhandelspreise belegen, dass das System selbst günstiger wird. Diese Prämisse bildet die Grundlage vieler Überlegungen zur Energiewende.

Doch der Brief selbst dokumentiert – völlig unbeabsichtigt – die Mechanismen, die die Preise von den Systemkosten entkoppeln. Er stellt explizit fest, dass mit dem Ausbau erneuerbarer Energien der Gasverbrauch sinkt und die Grenzkosten der Stromerzeugung fallen, während der Anteil der Fixkosten am System steigt. Selbst wenn also die Grenzkosten sinken, bleiben die Gesamtkosten gleich.

Das Papier gibt offen zu, dass die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien "vom Staat gelenkt und über Umlagen und Gebühren von den Verbrauchern erstattet werden". Diese Kosten verschwinden nicht, sondern werden lediglich aus den ausgewiesenen Preisen herausgerechnet. Ebenso betont das Papier, dass die Netzkosten (Netzausbau, grenzüberschreitende Verbindungsleitungen, Integration von Offshore-Windkraft, intelligente Zähler) inflationstreibend wirken. Sie sind kapital-, energie- und wartungsintensiv und liegen vollständig außerhalb des Großhandelspreises.

Das Papier räumt zudem beiläufig eine umfassende Kostenumverteilung ein: Preisobergrenzen, Verbraucherschutz, Industriesubventionen, Quersubventionen und fiskalische Eingriffe zur Glättung der Folgen. Sobald Preise in diesem Umfang gelenkt werden, vermitteln sie natürlich keine Knappheit mehr, und die Bezahlbarkeit spiegelt nicht mehr die Kosten wider. Trotz all dem – und hier wird die Schwäche am deutlichsten – wird im Papier weiterhin so getan, als sei "sinkende Preise" ein aussagekräftiger

Indikator für eine tatsächliche Verbesserung. Dieser Widerspruch zieht sich durch die gesamte Analyse.

Bemerkenswerterweise stellt der Autor nie klar fest, dass die Gesamtkosten des Systems sinken werden. Er beweist es nicht und zeigt wenig Interesse daran. Die Analyse blendet die Frage der überschüssigen Energie völlig aus.

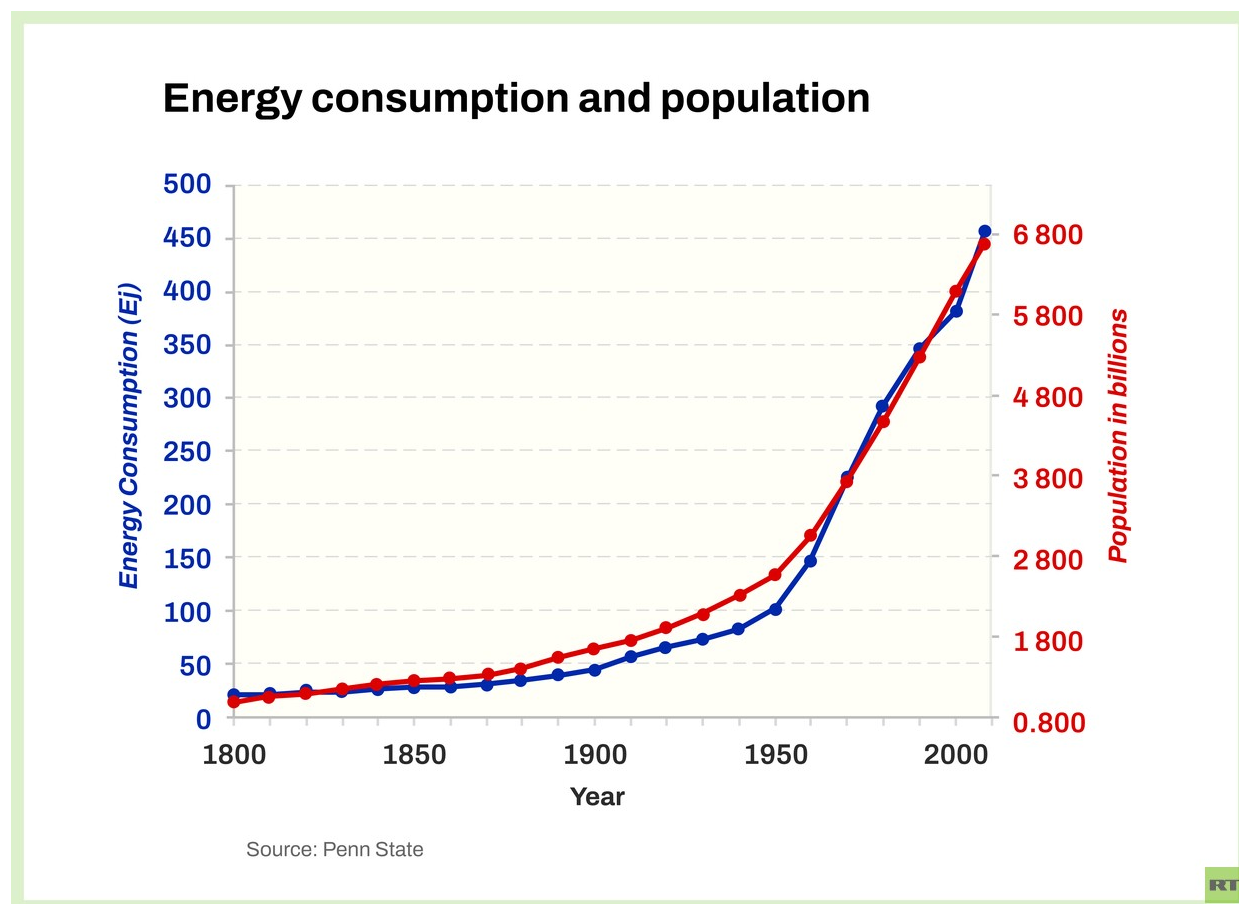
Wie der US-Physiker Thomas Kuhn feststellte, prägt ein Paradigma nicht nur die Antworten, sondern bestimmt auch, welche Fragen überhaupt noch gestellt werden dürfen. Das vorherrschende Paradigma lässt nur zwei Fragen zu: Werden die Preise sinken und wie werden die Kosten verteilt? Die relevantere Frage – die weitgehend unbeantwortet bleibt – ist, wie viel von Europas Wirtschaftskraft nun für die Energieversorgung aufgewendet werden muss.

Ein zivilisatorischer Wendepunkt

Die Vielzahl an Subventionen, Preisobergrenzen, Regulierungen und Kreditlinien macht Energie nicht billiger. Sie macht aus einer weniger effizienten Energiequelle keine effizientere. Sie verteilt lediglich die Ansprüche auf überschüssige Energie neu oder verzögert das Erkennen ihres Rückgangs. Dem Bruegel-Dokument liegt die stille, unausgesprochene Überzeugung zugrunde, dass Europa sich aus materieller Benachteiligung befreien und jede Einschränkung überwinden kann.

Dieser Glaube an die Macht einer ausreichend ausgefeilten Verwaltung ist der sakrale Kern der Europäischen Union – wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann. Dieses Vertrauen geht nahtlos mit der Überzeugung einher, dass wirtschaftliche Probleme in Wirklichkeit nur monetäre Probleme sind.

Wie wir gezeigt haben, ist die Wirtschaft jedoch nicht bloß ein Geldsystem, in dem sich physikalische Beschränkungen durch bloße politische Maßnahmen beseitigen lassen. Weder noch so geschicktes Umschichten von Finanzforderungen noch eine ausgeklügelte Politikgestaltung können die unerbittlichen Gesetze der Thermodynamik außer Kraft setzen.



Dass die Wirtschaft letztlich ein Energiesystem ist, wäre schmerzlich offensichtlich, wenn es nicht ein blinder Fleck unserer Zivilisation wäre. Wer daran zweifelt, sollte die Weltbevölkerung und den Gesamtenergieverbrauch ab der Jungsteinzeit auf einer Zeitachse vergleichen und prüfen, ob sich die beiden Kurven unterscheiden lassen. Bevölkerungswachstum ist in erster Linie ein Energiephänomen. Energie ist grundlegend, Finanzen sind davon abgeleitet.

Václav Smil argumentiert in seinem wegweisenden Werk *Energie und Zivilisation*, dass jede historisch erfolgreiche Energiewende Nettovorteile in Bezug auf Energiedichte und Systemproduktivität mit sich brachte. Genau diese Systemproduktivität vernachlässigt Europa. Dazu müsste man die bestehenden Beschränkungen und damit die Ohnmacht der Brüsseler Machthaber angesichts dieser Beschränkungen anerkennen.

Anstatt diese Probleme zu lösen, verschlingt der ausufernde Verwaltungsapparat selbst immer größere Mengen überschüssiger Energie. Joseph Tainter, bekannt für seine Abhandlung *The Collapse of Complex Societies* ("Der Zusammenbruch komplexer Gesellschaften"), warnte vor dem sinkenden Grenznutzen zunehmender Komplexität und davor, kurzfristige Gewinne auf Kosten langfristiger Instabilität zu erzielen. Im Falle Europas ist die Komplexität der Lösungsansätze zwar erstaunlich, doch selbst die kurzfristigen Gewinne sind eher gering.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Henry Johnston ist ein in Moskau ansässiger Redakteur, der über ein Jahrzehnt in der Finanzwelt arbeitete.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln

